



Online-Presskonferenz Soziales Netz Bayern

**„Corona – Bayern gemeinsam stärken“**

12. November 2020, München

Statement Ulrike Mascher, Landesvorsitzende des Sozialverbands VdK Bayern

*es gilt das gesprochene Wort*

---

**Sperrfrist: Donnerstag, 12. November 2020, 12.00 Uhr**

---

Anrede,

ob Kinderarmut, Einkommensarmut, Wohnungsarmut, Altersarmut oder Frauenarmut: In Bayern ist die Armutslage besorgniserregend und wurde durch die Corona-Pandemie nochmals deutlich verschärft. Deshalb appelliert das Soziale Netz Bayern an die politisch Verantwortlichen, alles dafür zu tun, damit sich diese Armutslagen nicht weiter verfestigen oder sogar noch schlimmer werden.

Ich möchte Ihnen dazu einige wenige Beispiele aus der Rechtsberatung des Sozialverbands VdK geben. Zu uns kommen jetzt Rentnerinnen und Rentner, die bisher ihre kleine Rente mit einem Minijob aufgebessert haben, um über die Runden zu kommen. Viele haben diese Nebenjobs nun verloren und müssen Grundsicherung beantragen, weil sie sonst nicht überleben könnten. Viele schlittern in Mietschulden, manchen droht sogar Wohnungsverlust. Andere kommen zu uns, weil sie durch den Wegfall der Tafeln schlicht und einfach nichts mehr genug zu essen haben. Auch das Kurzarbeitergeld macht sich bemerkbar: Wer ein geringes Einkommen hat und damit gerade so über die Runden kam, muss nun mit Arbeitslosengeld II – landläufig „Hartz IV“ – aufstocken.

Wir helfen, wo wir können: Wir stellen Anträge für die Betroffenen, vermitteln in die Schuldnerberatung oder helfen auch mal mit einem Lebensmittelgutschein aus. Aber über all dem schwebt die bange Frage: Wie wird es weitergehen?

Die Krise hat einmal mehr gezeigt: Existenzsichernde Leistungen sind wichtig für die Stabilität des Sozialstaats. Kurzarbeitergeld und Grundsicherung retten derzeit viele Menschen durch die Krise. Dass vieles jetzt unbürokratischer geht als je zuvor, verdient jedes Lob. Doch diese Maßnahmen helfen nicht auf Dauer.

Wir fordern deshalb politische Maßnahmen, die in die Zukunft weisen. Die Krise zeigt gnadenlos, wo es knirscht in unserem Land. Dazu ein paar wenige Zahlen:

Die bayerischen Armutsqoten steigen von Jahr zu Jahr stetig an. Im Jahr 2019 lag die bayerische Armutsschwelle bei 1155 Euro (Landesmedian). Demnach sind 14,7 Prozent der bayerischen Bevölkerung armutsgefährdet. Gegenüber 2018 ist das ein Anstieg von 0,2 Prozent. Bayerns Rentnerinnen und Rentner trifft es noch härter: 2018 waren 21,5 Prozent der über 65-Jährigen armutsgefährdet, 2019 sind es bereits 22 Prozent. Keine andere Altersgruppe weist eine so hohe Armutquote auf. Im Vergleich aller Bundesländer hat Bayern bei der Rentnerarmut sogar die rote Laterne und belegt den letzten Platz.

Die Rentenhöhe ist ein gnadenloses Spiegelbild des Erwerbslebens. Und das war und ist in Bayern von vergleichsweise niedrigen Einkommen geprägt. Auch deshalb steht der Sozialverband VdK hinter den arbeitspolitischen Forderungen des Sozialen Netz Bayern, etwa nach einer Anhebung des Mindestlohns und der Eindämmung prekärer Beschäftigung.

In diesem Zusammenhang wenden wir uns ausdrücklich gegen eine Ausweitung von Minijobs. Die von Teilen der Union erhobene Forderung, die Minijob-Verdienstgrenze von 450 auf 600 Euro anzuheben ist – milde ausgedrückt – unverständlich und kontraproduktiv. Das DIW hat erst jüngst in einer Studie belegt, dass Minijobber die größten Verlierer der Corona-Krise sind. Die Zahl dieser Arbeitsverhältnisse ging von Juni 2019 bis Juni 2020 um 12 Prozent zurück, die der sozialversicherungspflichtigen Jobs nur um 0,2 Prozent. Der Grund liegt auf der Hand: Minijobber sind die ersten, die in einer Krise vor die Tür gesetzt werden. Kurzarbeitergeld gibt es nicht für sie. Diese Menschen landen hart, das können wir vom VdK aktuell aus unseren Beratungen bestätigen.

Doch auch ohne Ausnahmesituationen wie der aktuellen führen Minijobs tendenziell in die Armut. Aus Minijobs werden Mini-Renten. Wir fordern deshalb mindestens eine Sozialversicherungspflicht bei Minijobs vom ersten Euro an. Aktuell würden 500.000 Menschen in Deutschland aus der Sozialversicherung fallen, wenn die Grenze auf 600 Euro angehoben würde. So werden Minijobs zum Verschiebebahnhof in die Armut – spätestens in der Rente.

Angesichts der besonderen Betroffenheit armer Menschen durch die Pandemie ist auch die Anhebung des Regelsatzes um 14 Euro, die letzte Woche beschlossen wurde, sehr enttäuschend. Das Soziale Netz Bayern fordert zusätzlich eine pauschale Anhebung der Regelsätze um 100 Euro während der Krise, um die höheren Kosten etwa für die Beschaffung von Masken, den Lebensmitteleinkauf oder Medikamenteneinkäufe einigermaßen zu kompensieren.

Auch Menschen mit Behinderung aller Altersstufen sind in Sorge. Ihre Versorgung, etwa durch Pflegedienste oder Assistenzen, ist nicht gesichert. Gleichzeitig sind viele von ihnen besonders gefährdet, weil sie zusätzlich noch eine chronische Erkrankung oder ein geschwächtes Immunsystem haben. Viele von ihnen sind völlig isoliert zu Hause. Oft zusammen mit verzweifelten Angehörigen.

Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen gehen ebenfalls unter. Diese benötigen häufig eine sehr regelmäßige Tagesstruktur, angemessene Beschäftigungsmöglichkeiten und auch

die Möglichkeit, sich körperlich zu bewegen. Dies ist durch die wieder eingeführten Kontaktbeschränkungen derzeit weder zu Hause noch in den Wohneinrichtungen kaum realisierbar.

Während über diese Betroffenen wenig zu sehen und zu lesen ist, kennen Sie alle sicherlich die Berichte über Pflegebedürftige, die jetzt isoliert in den stationären Einrichtungen leben müssen und dort leider auch oft sehr einsam sterben.

Pflegekräften galt deshalb in den vergangenen Monaten oft der größte Applaus. Als „Helden“ wurden sie gefeiert. Und in diese Feierstimmung mischte sich auch das schlechte Gewissen. Denn dass die Pflegekräfte am Anschlag arbeiten, ist ja nicht eine Folge der Pandemie. Diese Missstände waren schon vorher hinlänglich bekannt. Ob und wie die Pflegerinnen und Pfleger in den Heimen und Kliniken die nächsten Corona-Wellen meistern können, ist noch nicht abzusehen. Viele Intensivstationen melden – ich übertreibe – mehr Beatmungsgeräte als Krankenschwestern.

Wie konnte es so weit kommen? Es war eine grundsätzliche politische Entscheidung, das Lebensrisiko einer Erkrankung weitgehend und das Risiko von Pflegebedürftigkeit komplett dem freien Markt zu überlassen. Spätestens Corona hat gezeigt: Pflege ist keine Ware. Hier darf die Profitlogik des Marktes nicht gelten. Die Absicherung der Pflegebedürftigkeit ist mit der aktuellen Ausrichtung der Pflegeversicherung nicht gegeben. Personal, Zeit für Zuwendung, ja, sogar Essen: An diesen Kostentreibern lässt sich am besten nach unten drehen, um den Investoren die versprochene Rendite zu sichern.

Heute ist Pflegebedürftigkeit, insbesondere in der stationären Versorgung, ein unkalkulierbares Armutrisiko. Die Eigenanteile müssen dauerhaft und zuverlässig sinken. Pflege ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die solidarisch gelöst werden muss. Deswegen fordert der Sozialverband VdK die Einführung einer Pflegevollversicherung.

Besonders am Herzen liegt mir, Sie auf die Menschen hinzuweisen, die in der Krise oft komplett vergessen werden, weil sie nicht sichtbar sind. Es sind Pflegebedürftige, die zu Hause versorgt werden. Pflegenden Angehörigen, die ohnehin unglaublich belastet sind, brechen unter der Last nun allmählich zusammen. In Bayern fehlen ohnehin Kurzzeit- und Tagespflegeplätze. Und die wenigen Angebote sind nun zu echten Raritäten geworden. Viele Pflegeheime praktizieren immer noch Aufnahmestopp, die meisten ambulanten Pflegedienste nehmen keine neuen Pflegebedürftigen mehr auf. Um in Ministerpräsident Söders Bildsprache

zu bleiben: Bei pflegenden Angehörigen steht die Ampel nicht mehr auf Rot, sondern längst auf Dunkelrot.

Genau genommen gilt diese Einschätzung für viele vom Sozialen Netz Bayern aufgeführten Handlungsfelder. Mein Appell an die Politik lautet: Lernen Sie aus der Krise! Stärken Sie den Sozialstaat!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.